

Thymotische Strohfeuer

Zu Peter Sloterdijks Neuerfindung der Gesellschaft

Debatten über die Zukunft des Kapitalismus, über Steuergerechtigkeit und Rettungsschirme, über Leistungen und Finanzierungsmöglichkeiten des Sozialstaates haben Hochkonjunktur. An ihnen beteiligen sich nicht nur ÖkonomInnen, sondern auch SoziologInnen, HistorikerInnen, PolitikwissenschaftlerInnen und in letzter Zeit verstärkt auch PhilosophInnen. Damit knüpft etwa die Philosophie nicht nur an die besten Traditionen der praktischen Vernunft an, sondern erinnert auch an eine ihrer vornehmsten Grundaufgaben, »die Zeit in Gedanken zu fassen« (Hegel) und kritisch zu reflektieren.

Mitte Juni 2009 hat Peter Sloterdijk in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« im Rahmen der losen Reihe »Die Zukunft des Kapitalismus« seine Version einer zukünftigen Gesellschaft vorgetragen und damit einmal mehr eine intensiv geführte Debatte ausgelöst.¹ Sloterdijk forderte unter dem programmatischen Titel »Die Revolution der gebenden Hand« eine radikale Umstellung des derzeitigen Steuersystems. Die gegenwärtige »Staats-Kleptokratie«, die auf Zwang und weitgehender Ausplünderung der leistungsbereiten Mittelschichten basiere, müsse in Richtung einer frei gebenden, auf Stolz und Ehre gründenden Verteilungsökonomie umgebaut werden.

Es hat einige Zeit gedauert, bis die Zunft öffentlich auf diese spektakulären Einfälle Sloterdijks reagierte (oder reagieren wollte). So verspätet oder zögerlich die Diskussion auch einsetzte, so heftig fiel der öffentliche Schlagabtausch dann auch aus. Es war Axel Honneth, Nachfolger von Jürgen Habermas in Frankfurt und einer der großen Vertreter der zweiten Generation der Kritischen Theorie, der in der »Zeit« die Thesen Sloterdijks einer grundlegenden Kritik unterzog, indem er den diskurs- und gesellschaftspolitischen Kontext dieses Artikels sowie der Philosophie Sloterdijks insgesamt ausleuchtete.² In seinem Artikel zeigt Honneth, wie Sloterdijk den anfänglichen Weg einer philosophisch-inspirierten Gesellschaftskritik verlassen und den »einer mythisch-spekulativen Welt- und Geschichtsdeutung« eingeschlagen habe. Mehr »Seher in dürftiger Zeit« als klarer Analytiker tiefgreifender gesellschaftlicher Transformationsprozesse bediene Sloterdijk bloß die Bedürfnisse eines erlösungshungrigen Milieus anstatt ihre gesellschaftlichen Konstruktionsbedingungen und normativen Voraussetzungen aufzudecken.

1 Sloterdijk, Peter, Die Revolution der gebenden Hand, in: FAZ, 10. 6. 2009, 29-31.

2 Honneth, Axel, Fataler Tiefsinn aus Karlsruhe. Zum neueren Schrifttum des Peter Sloterdijk, in: Die Zeit, 24.9.2009, 60f.

Die Reaktion des so Angesprochenen ließ natürlich nicht lange auf sich warten.³ Die Angriffe seien bestellt, er lese die Beiträge von Honneth und Co vor allem als Enttäuschung über sich selbst, weil es ihnen nicht gelungen sei, »die publizistische Hegemonie auszuüben, die sie aufgrund ihrer intellektuellen Präentionen hätten ausüben sollen und wollen«. Inzwischen hatten sich auch andere PhilosophInnen und Intellektuelle zu Wort gemeldet, vor allem die Feuilletons der großen überregionalen Zeitungen boten ein Foyer für den Austausch triftiger und weiterführender, aber ebenso auch nichtssagender und leerer Argumente. So entspann sich eine lebhaftige Debatte, an der sich so unterschiedliche Wissenschaftler wie Karl Heinz Bohrer, Hans Ulrich Gumbrecht, Paul Kirchhof sowie die ebenfalls in Frankfurt lehrenden Philosophen Christoph Menke oder Martin Seel beteiligten. Den vorläufigen Abschluss bildete Sloterdijks Essay in der November-Ausgabe der Zeitschrift »Cicero«, in dem er seine Juni-Thesen nochmals aufgriff und zu einem geschichtsphilosophischen Panorama ausgestaltete, ohne dabei auf ein einziges Argument seiner Kritiker einzugehen.

Dièse Debatte, die in manchen Kommentaren als ein Lehrbeispiel für eine selten gewordene intellektuelle Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit bezeichnet wurde, mag nur auf der Oberfläche als eine nüchterne Diskussion um die Zukunft des Sozialstaats erscheinen. In ihrem Subtext verweist sie jedoch auf einen leisen, aber nachhaltigen Paradigmenwechsel im gesellschaftlichen Diskurs, der sich mitten in einer veritablen Krise des Kapitalismus weitgehend unbemerkt vollzieht. Daher lohnt sich eine Analyse der Hauptargumente, mit denen Sloterdijk offensichtlich einen markanten Punkt in der Debatte um die Zukunft der kapitalistischen Gesellschaften setzen wollte.

Der moderne Sozialstaat, so lesen wir in unterschiedlichen Anläufen, besitze einen grundlegenden Konstruktionsfehler, insofern er eine späte Rache der einst Besitzlosen an den Habenden darstelle und die Legitimität der sozialstaatlichen Umverteilung auf einem vermeintlichen Rechtsanspruch aller Gesellschaftsmitglieder gründe. Am Anfang der bürgerlichen Gesellschaft, so wird mit Verweis auf Rousseau erklärt, stehe ein Aneignungsakt, eine Okkupation von Land, die den Stand der »beati possidentes« hervorbringe. Eigentum wurde zu einem Diebstahl am einstmaligen kollektiven Grundbesitz erklärt, den es in der Logik von Proudhon über Marx bis Lenin wieder auf seine kollektive Grundfunktion zurückzuführen gelte. Diese Enteignung der Besitzenden sei derzeit wieder in vollem Gang, indem sich der ausgebaute Steuerstaat über die progressive Einkommenssteuer mehr als die Hälfte des Aufkommens von einer »Handvoll Leistungsträger« bezahlen lasse. Die »produktiven Schichten« seien das Opfer einer langen Liste an Schöpfungen und Schröpfungen, von den Tagen der Pharaonen bis zu den

3 Vgl. dazu: Sloterdijk, Peter, Offener Brief an die Feuilleton-Redaktion der »Zeit«, in: FAZ, 26.9.2009, 35; ders., Interview im »Spiegel« vom 26.10.2009, 172-173; ders., Aufbruch der Leistungsträger, in: Cicero, 11/2009, 95-107.

Währungsreformen des zwanzigsten Jahrhunderts. Der moderne Staat habe sich »zu einem geldsaugenden und geldspeienden Ungeheuer von beispiellosen Dimensionen« verwandelt, der die Interessen der »Unproduktiven« bediene und den »Leistungsträgern« auch noch ihren Stolz und ihre Selbstachtung nehme. Soll es nicht zum Aufstand, zur Abwendung der Leistungsträger bzw. zum »antifiskalischen Bürgerkrieg« kommen, brauche es eine »sozialpsychologische Neuerfindung« der Gesellschaft. Diese mündet für Sloterdijk in eine Abschaffung der Zwangssteuern und ihre Umwandlung in Geschenke an die Allgemeinheit. In dieser thymotischen Umwälzung müsse der öffentliche Bereich keineswegs verarmen, weil der Stolz »der gebenden Hand« großzügig Spenden und milde Gaben fließen lasse. Der konstitutive Antagonismus von Arbeit und Kapital, den der moderne Sozialstaat austariert hatte, wird hier auf einen Antagonismus von Gläubigern und Schuldnern reduziert.

Sloterdijks Thesen sind nicht deswegen diskussionswürdig, weil sie einen weiterführenden Vorschlag zum Umbau des Sozialstaates bieten würden; dafür fehlt eine ausreichende sozialwissenschaftliche Basis ebenso wie man eine differenzierte Reflexion zentraler Begriffe und der komplexen politisch-ökonomischen Zusammenhänge vermisst. Interessant und diskussionswürdig sind Sloterdijks Thesen vor allem deswegen, weil sie Ausdruck eines tiefen und wachsenden Unbehagens der sogenannten Mittelschichten sind, die von oben und von unten unter Druck geraten. Ihre Ausdünnung an den Rändern führt in der Mitte zu einer steigenden Belastung, weil sie die Hauptlast im »aktualisierten Steuerstaat« tragen muss.⁴ Man braucht nicht sofort das Menetekel einer drohenden Entsolidarisierung an die Wand malen, um zu erkennen, dass hier ein Protestpotential heranwächst, dessen Bereitschaft, ihren Beitrag zur Finanzierung des Sozialstaates zu leisten, sinkt. Dieses Problem der gerechten Lastenverteilung lässt sich nicht allein mit einem Verweis auf die Höhe der Einkommenssteuersätze beantworten, hier bedarf es der Zuziehung weiterer Parameter.

Axel Honneth hat in seiner Replik geantwortet, dass Sloterdijks nachgeahmter Nietzscheanismus seinerseits ein Ressentiment bediene. Denn er sieht in seiner anti-egalitären Stoßrichtung die eigentlichen Ursachen für die sozialen Schieflagen nicht in den institutionellen Defiziten unseres Gemeinwesens, nicht im Mangel an sozialer Gerechtigkeit, sondern in der Dürftigkeit einer Kultur und in der anthropologischen Grundausstattung des Menschen, der seine thymotischen Energien nicht mehr entsprechend entfalten könne. Gegen Sloterdijks These vom berechtigten Protest der LeistungsträgerInnen und deshalb zu Recht Privilegierten betont Honneth, dass der Kampf gegen soziale Diskriminierung und ökonomische Benachteiligung nur das umzusetzen versuche, was die moralischen Prinzipien des modernen Rechtsstaats allen seinen BürgerInnen verspre-

4 Vgl. dazu: Bologna, Sergio, Die Zerstörung der Mittelschichten. Thesen zur neuen Selbstständigkeit, Graz 2006.

chen. Jedes Mitglied einer Gesellschaft ist gleichermaßen berechtigt, jene Mittel zu erhalten, die eine aktive Teilnahme an ihr ermöglichen. Diese fundamentale Gleichheit aller geht jeder sozialen Differenzierung und ökonomischen Machtverteilung voraus. Hier braucht es keinen Neid und kein Ressentiment, auch keine großzügige gebende Hand, durch deren Stolz die Gering- und Geringstverdiener zu ihrem Anteil kommen.

Ein nüchterner Blick auf die Fakten fördert darüber hinaus ein ganz anderes Bild zu Tage als Sloterdijk es zeichnet. So beträgt der Anteil der Einkommenssteuern am Gesamtsteueraufkommen kaum 30%, zu den restlichen 70% tragen auch alle anderen Steuerzahlenden bei, etwa durch die Mehrwertsteuer, Tabaksteuer etc. Das oberste Fünftel der Einkommenssteuerpflichtigen bestreitet zwar den Großteil der Einkommenssteuern, bezieht aber auch mehr als die Hälfte aller Markteinkommen, so dass ihr Anteil von ca. 70% am Einkommenssteueraufkommen durchaus als angemessen erscheint. Unter den ÖkonomInnen ist weitgehend unbestritten, dass ein halbwegs ausgeglichenes Verhältnis von Vermögen und Einkommen eine Grundvoraussetzung für eine friedliche und gerechte Entwicklung des Gemeinwesens darstellt, das auf Fairness und Anerkennung angewiesen ist. Und hier sind in den letzten Jahrzehnten tatsächlich eklatante Schief lagen entstanden. Lohn und Leistung bewegen sich in fast allen modernen Volkswirtschaften radikal auseinander. Hier, an der einseitigen Verteilung der Markteinkommen und nicht am verletzten Stolz »der gebenden Tugenden«, braut sich das eigentliche Gefährdungspotential zusammen. Denn große Teile der LeistungsträgerInnen, Industriearbeiter, BuchhalterInnen, Friseure, VerkäuferInnen etc. müssen immer mehr leisten – bei sinkenden Einkommen. So konnte das oberste Fünftel seinen Anteil am Kuchen in den letzten 20 Jahren um mehr als 6% erhöhen, während auf die ärmere Hälfte nur noch 15% aller verfügbaren Einkommen fallen. Diese wachsende Schief lage resultiert zum einem aus der forcierten Auflösung des Konnexes von Lohn und Leistung, zum anderen aus den wachsenden nicht-produktiven Einkommensanteilen. Es gibt keinen ersichtlichen Grund, schreibt Axel Honneth, warum die rasch wachsenden Geldvermögen, die sich aus dem Zufall familiärer Herkunft oder aus unproduktivem Eigentum vermehren, über die Chancen der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben entscheiden sollten. Im demokratischen Rechtsstaat dürfe das Grundrecht auf soziale und politische Partizipation nicht an die ökonomischen Ressourcen gebunden werden.

Es ist unbestritten, dass die Möglichkeit der Eigentumbildung neben den bürgerlichen Gleichheitsrechten und den politischen Freiheiten eine wesentliche Voraussetzung für die Entfaltung der kapitalistischen Produktivkräfte bildet. Auch eine gewisse gesellschaftliche Ungleichheit gilt als eine starke Triebkraft für Innovation und Fortschritt. Aber zugleich bedarf es einer Eigentumsordnung, die verhindert, dass die ökonomische Macht in immer weniger Hände gerät. Wenn das oberste Fünftel 80% der Nettoeinkommen lukriert, wird man nicht von einer ausgewogenen Verteilung sprechen können.

Angesichts dieser Entwicklung hilft keine »sozialpsychologische Neuerfindung der Gesellschaft« weiter, keine »politisch-psychologische Reformation«, in der der Einzelne seine Geberqualitäten ausspielen könne, und keine neue Semantik, »die den Leistungsträgern als Gebern Genugtuung verschafft«. Es wird weder eine »Hinwendung zu einer wiedererwachenden Stolzkultur«, noch ein Blick in die »Eingeweide des Zeitgeistes« von der Aufgabe entbinden können, den modernen Sozialstaat so umzubauen bzw. weiterzuentwickeln, dass er effektiv und ohne paternalistischen Gestus die Partizipationsmöglichkeiten erhöht und dafür sorgt, dass kein Mitglied der Gesellschaft abgehängt wird oder seine fundamentalen Rechte an ökonomische Möglichkeiten gekoppelt werden. Die Spannung von Freiheit und Gleichheit lässt sich auch in modernen Gesellschaften nicht auflösen, seine Gestaltung entscheidet aber über die notwendige Akzeptanz, die die Bürger den staatlichen Institutionen entgegenbringen. Die von Sloterdijk ausgemachte neue Front zwischen den zwei finanzpolitischen Großgruppen, den »Transfermassengebern« auf der einen und den »Transfermassennehmern, die aufgrund von sozialpolitisch festgelegten Rechtsansprüchen die Kassen leeren« auf der anderen Seite, verkennt den eigentlichen Riss, wie er mitten durch die Gesellschaft verläuft und einen Grundwiderspruch innerhalb der kapitalistischen Konkurrenzökonomie offenlegt: dass die Pflicht zur permanenten Selbstmobilisierung ein wachsendes Heer von Menschen hervorbringt, die von großen Bereichen der gesellschaftlichen Partizipation ausgeschlossen bleiben, etwa weil sie über kein ausreichendes Erwerbseinkommen verfügen, vom Arbeitsmarkt dauerhaft ausgesperrt bleiben oder aus sonstigen Gründen in diesem Wettbewerb nicht bestehen können.

Unbestreitbar erleben die sozialen Marktwirtschaften einen gesellschaftlichen Wandel, der nach theoretischer Reflexion und praktischer Orientierung drängt. Mit Verweis auf die thymotischen Energien, wie sie Bürgerstolz und Ehre, Großzügigkeit und Schenken aus der Tiefe der menschlichen Seele hervorbringen, lässt sich vielleicht ein »lebhafter Großzügigkeitswettbewerb der Wohlhabenden« veranstalten, aber es lassen sich daraus keine Maximen gewinnen, in welcher Weise wir zu einer fairen und nachhaltigen Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und auch seiner Verpflichtungen kommen können. Der Rekurs auf die gebende Hand weist keinen Weg in der elementaren Frage, wie wir die Paradoxien der sozialstaatlichen Apparate auflösen können, damit die normativen Ansprüche der Bürger an Partizipation und gesellschaftlicher Anerkennung ausreichend gewährleistet werden können.

Und die Theologie? Wo ist ihr Platz in dieser Suchbewegung nach theoretischer Reflexion und praktischer Orientierung? In den letzten Jahren hat sich im theologischen Denken eine lebhaftige Debatte um die moralischen Grundlagen und Voraussetzungen der reziproken Tauschökonomie entwickelt, die ihren Ausgang von philosophischen Ansätzen im französischsprachigen Raum nahm und interessante Einblicke in die Tiefenstruktur sozialen Handelns liefert. Was hier unter

dem Stichwort einer An-Ökonomie der Gabe verhandelt und diskutiert wird, ist weit entfernt von einem anthropologischen Essentialismus, der die thymotischen Energien nach ökonomischer Potentialität verteilt. Wenn Religion mehr sein soll als der Überbau eines ästhetischen Selbstvollzugs, mehr als die Erinnerung an eine ursprünglich heile Welt und eine Hoffnung auf ein erfülltes ewiges Leben, dann wird sie in die gegenwärtige ökonomische und sozialpolitische Debatte insbesondere drei Aspekte einbringen: Erstens die Kritik an Konzepten, die den Begriff der Leistung und Leistungsträger allein an die ökonomische Dimension binden und alle anderen Beiträge zum sozialen Leben ausblenden. Da eine solche Reduktion das Grundrecht auf gesellschaftliche Partizipation tendenziell außer Kraft setzt, ist zweitens daran zu erinnern, dass das Grundrecht auf gesellschaftliche Teilhabe bedingungslos ist. Eine basale Existenzsicherung steht unterschiedslos allen zu, weil ausnahmslos jeder Mensch eine Würde besitzt, theologisch gesprochen ein Ebenbild Gottes ist. Transferleistungen sind daher kein Geschenk, keine Gnade, sondern Ausdruck der fundamentalen Gleichheit aller Menschen. Schließlich ist drittens an die Gerechtigkeit zu erinnern. Sie ist nicht nur eine Leitperspektive unseres sozialen Handelns, sondern in ihren vielfältigen Dimensionen einer der bevorzugten Namen Gottes (Jes 23,6). Daher kann es für Christinnen und Christen nicht allein um die viel zitierte Leistungsgerechtigkeit gehen, also um die Frage, wer welchen Beitrag beisteuern und erbringen muss, sondern vor allem auch um Verteilungsgerechtigkeit, wem die Güter und Gaben dieser Welt gehören und wer auf sie zugreifen kann. Das ist und bleibt, erst recht im weltweiten Maßstab, eine der vordringlichsten Fragen, zu denen die religiösen Überlieferungen und Traditionen eine Menge zu sagen hätten – wenn sie es doch nur deutlicher in die öffentliche Diskussion einbringen würden.

Alois Halbmayr